

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 11

Artikel: Die Mandschurei als wirtschaftliches und politisches Kraftfeld. IV
Autor: Fochler-Hauke, Gustav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158055>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lich ist, und damit verbunden, daß jedermann den andern und seine Verhältnisse kennt. Das war bei Mercier der Fall; er wußte um den bescheidensten Landsassen. Sein Streben ging wie für seine eigenen Angelegenheiten auch für das Gemeinwesen auf Ordnung. Daß Armut nicht gehoben werden konnte, war er sich wohl bewußt, aber Verwahrlosung und Elend. Selten sind öffentliche Mittel so mit der größten Sorgfalt und zur größten Nützlichkeit verwendet worden, wie da, wo er etwa als Glarner Stadtpräsident über sie zu bestimmen hatte. Das war auch die Überzeugung seiner Landsleute. Sie vertrauten ihm bedeutende Ämter an, ohne daß er wie Coriolan im Bittgewand ihren Stimmen hätte nachgehen müssen.

Diese Männer des alten landständischen Patriziates sterben — leider — aus; sie werden durch die in irgendeinem Gewerbe Tüchtigen ersetzt. Und unsere alte Volksherrschaft nähert sich immer mehr den Demokratien von Frankreich und Nordamerika. Philipp Mercier ragte noch als einer jener schlichten alteidgenössischen Edelmänner in die neue Zeit hinein und wird als solcher in der Erinnerung fortleben.

Die Mandchurei als wirtschaftliches und politisches Kraftfeld.

Von **Gustav Fochler-Hauke**, z. Zt. Harbin.

IV.¹⁾

Anläßlich des Besuches des Kaisers von Manschukuo bei der japanischen Majestät in Tokio, der im April 1935 stattfand und der in Japan als der einzige Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes zwecks Erzielung wirklicher Freundschaft mit dem Inselvolke gefeiert wurde, erließ der formale Herrscher des neuen Staates einen Aufruf, in dem er die Bevölkerung zur Mitarbeit an seinem Friedenswerk aufforderte: „Wir und seine Majestät der Kaiser von Japan sind eines Sinnes. Daher, all' ihr Untertanen, denkt immer daran und seid bemüht, eine feste und dauernde Grundlage für die zwei Nationen zu schaffen zum Wohl des ganzen Ostens. Dadurch wird der Friede der Welt und wird die Wohlfahrt aller gewahrt sein.“ Ausdrücklich wurde festgestellt, daß der Hauptzweck des Besuches sei, dem kaiserlichen Hofe in Japan für die großen Dienste, die er dem neuen Staate erwiesen habe, zu danken. Die Zeitungen beider Staaten, ob chinesisch, japanisch oder russisch geschrieben, hoben diesen Besuch als den Schlußstein der unzerstörbaren Brücke zwischen den zwei Staaten hervor und ganz Japan, ganz Manschukuo, flaggten das fünffache Banner und die weiße Fahne mit der glutroten Sonne. Es ist ja auch dafür Sorge getragen, daß in den

¹⁾ Vgl. Hefte 6, 7, 8, XV. Jahrg.

Schriftleitungen der Zeitungen, und besonders in jenen des neuen Staates, nur absolut „staatsstreue“ Elemente sitzen und die flammenden Aufrufe und Begeisterungsnachrichten werden von den Propagandastellen kostenlos und mit befehlsmäßigem Wunsche um Abdruck allen Blättern zugesandt. Die Zensur ist außerordentlich streng und ihre Fäden befinden sich in japanischen Händen; auch die ausländischen Zeitungen und natürlich sämtliche Zeitungen aus China müssen sich an der Grenze scharfe Ausschnitte gefallen lassen und den Radiohörern erlaubt man nur das Lauschen von Sang und Worten aus „mandschurischen“ oder japanischen Quellen. Empfang von Kurzwellen ist nur wenigen „Gesinnungstreuen“ erlaubt. Man fürchtet nicht nur sowjetrussische Propaganda, sondern vor allem auch nationalchinesische von jenseits der Großen Mauer. Nach einem neuen Erlass der mandschurischen Regierung müssen umgehend alle Schulbücher eingezogen werden, die unter dem alten Regime oder in China gedruckt worden sind. In den neuen Schulbüchern werden besondere Kapitel über den Sinn des neuen Staates, seine Geburt aus dem „freien Willen der mandschurischen Bevölkerung“, über „mandschurische“ Geschichte, Kultur und Sprache enthalten sein. Unter „mandschurischer“ Kultur und Sprache versteht man natürlich nicht jene der als Volk ausgestorbenen, einst so mächtigen, heute ganz verchinaesten Mandschus — nur einzelne Gelehrte verstehen noch die mandschurische Sprache und Schrift, beide grundverschieden vom Chinesischen —, sondern man will durch die allgemeine Einführung des Wortes „mandschurisch“ für „chinesisch“ in der chinesischen Bevölkerung der Mandchurei allmählich eine Vorstellung einimpfen, als sei sie eben etwas ganz anderes als ihre Brüder in China. Ängstliche Chinesen sagen heute vor Fremden, der Polizei oder Japanern, daß sie „Mandschuren“ seien und „mandschurisch“ sprächen und die Japaner gebrauchen Fremden gegenüber ebenfalls nur das Wort „mandschurisch“. Innerlich denken sich natürlich Chinesen, Fremde und Japaner ihren Teil. Es ist auch dieser Verdrehungsversuch zu augenfällig. In der letzten Zeit, als die Wogen studentischer Demonstrationen in Nordchina hoch gingen — das sich nicht ganz so willig den „Unabhängigkeitsgedanken“ einimpfen ließ, wie es die Japaner erwartet hatten — brachten die chinesisch geschriebenen Blätter in Manschukuo nur trockene Berichte oder aber Verurteilungen dieser „von Kommunisten aufgezogenen Ausschreitungen“; alles, was sich gegen die Verwirklichung japanisch-mandschurischer Ziele stellt, wird kurzweg als „bolshewistische Umtriebe“ gebrandmarkt oder als Heze der „friedensstörenden“ nationalen Kuomintangpartei. Nicht ein Wort von Sympathie für die studentische Auflehnung wurde in Manschukuo veröffentlicht; aber wer in den chinesischen Massen herumhorchte, der wurde eines anderen belehrt. Auch die reiche Beflaggung, die ja in Japan wirklich ein Ausdruck von Jubel gewesen sein mag — hat doch das japanische Volk alle Ursache, sich über seine gewaltige Machtausdehnung zu freuen —, hatte in Manschukuo andere Hintergründe: all' die hunderttausend Staatsangestellten, sowie die großen Firmen, die

auf Staatsaufträge warten, sie flaggten und flaggen riesige Fahnen, womöglich noch mehr japanische als mandschurische, um nur ja nicht in den Verdacht der „Unloyalität“ zu kommen. Die unzähligen kleinen Läden in den Städten aber, bei denen weder Japaner kaufen, noch der Staat etwas bestellt, sie flaggen nur selten das Sonnenbanner der „auf ewig verbündeten Nation“.

Ein Heer von Geheimpolizisten und Polizisten in Uniform sorgt dafür, daß niemand seine wahren Gefühle — es sei denn, er ist Japaner oder ein Anhänger der kleinen, wirklichen projapanischen Gruppe — an die Öffentlichkeit bringt; der Spitzeldienst hat eine für europäische Begriffe riesige Ausdehnung angenommen. Seine Leiter sind Japaner. Auch in jedem Eisenbahnzug reist ein japanischer Geheimpolizist mit; er ist sofort erkennbar an seiner chinesischen Kleidung und dem europäischen Hut, sowie an seiner sichtlich ausgeprägten „Uninteressiertheit“. Es ist eigentlich seltsam, daß die östlichen Künstler der Verstellung in dieser Hinsicht so klägliche Mittel anwenden. Auf die Ausländer hat man natürlich ein besonderes Augenmerk. Die russischen Emigranten müssen sich jedes Wort überlegen, das sie zu einem der ihren sprechen, denn sie werden von gedungenen Brüdern rücksichtslos verraten. Als der Kaiser im Herbst Harbin einen Besuch abstattete, mußten alle Läden und Fenster geschlossen werden, in den abgesperrten Straßen wurde nur eine streng ausgesuchte „Volksmenge“ für den „jubelnden Empfang“ aufgestellt. Hunderte von Weißrussen und Tausende von Chinesen verbrachten die Tage des Besuches hinter Gittern. Außerordentlich stark arbeitet die Sowjetspionage in Mandschukuo und in ihren Diensten stehen gekaufte und „falsche“ Emigranten, ja selbst Popen, wie sich kürzlich herausstellte.

Es ist kein Zweifel, die japanische Politik der vollkommenen Beherrschung des neuen Staates findet es immer weniger notwendig, sich in ein Mäntelchen zu hüllen. Monatlich werden Tausende von chinesischen und russischen Bahn- und Staatsangestellten aus irgendwelchen Scheingründen entlassen und durch Japaner ersetzt. Die Staatsaufträge fließen immer mehr ganz den japanischen Industrie- und Handelsfirmen zu, tausende von neuen japanischen Geschäften entstehen in den großen Städten, es werden solche auch in kleinen Orten aufgemacht, so gut wie kein Japaner kauft bei Chinesen. Die Chinesen sagen, daß die Japaner oft um ein Streichholz eine halbe Stunde weit in einen japanischen Laden liefen, auch wenn ein chinesischer Stand nur fünf Schritte entfernt liege. Das ist natürlich übertrieben, aber der Kern ist Wahrheit. Andererseits kaufen auch die Chinesen nur bei den ihren, wenngleich ja die Waren selbst auch in den chinesischen Läden immer ausschließlich japanisch sind.

In den verantwortlichen japanischen Kreisen gibt es selbst viele Warner, die für eine Politik der wirklichen Freundschaft und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung gegenüber der chinesischen Bevölkerungsmasse des neuen Staates eintreten, die ein zweites Korea vermeiden möchten, da sie die

Gefahren der Zukunft erkennen. Aber es sind diese Mahner in der Minderzahl, man kann vielleicht sagen, daß den Japanern die Erfolge ihrer tatkräftigen Handlungen der letzten Jahre „zu Kopfe gestiegen sind“. Außerdem hat sich aus Japan ein Schwarm von recht dunklen Elementen nach dem neuen Staat geflüchtet, da hier Fischen im Trüben leichter erscheint. Es sind in letzter Zeit immer mehr Fälle von Bestechungen japanischer Beamter in mandschurischen Diensten durch Wirtschaftskreise eingetreten; aber es muß gesagt werden, daß die japanischen hohen Stellen selbst für eine rücksichtslose Säuberung von solchen Elementen sich einsetzen. Wie der Wettbewerb des von maßgebenden Stellen mit Vorteilen bedachten japanischen Kleinkaufmanns dem chinesischen immer stärker zuseht, so wird das einheimische chinesische Großkapital vom ununterbrochen einströmenden japanischen verdrängt.

Die chinesischen Kaufleute werden nun am frühesten für ihre Geldsackpolitik bestraft, die sie seinerzeit dazu bewogen hatte, sich immer auf die Seite des Stärkeren zu stellen, ohne sich um irgendwelche nationale Belange zu kümmern. Ebenso liegen die Verhältnisse in den chinesischen Intelligenzkreisen, die zu feige gewesen sind, sich in die Schanze zu schlagen, die zuerst tiefe Bücklinge vor dem neuen Regime machten, und die sich nun dauernd stärker von Japanern auf die Seite geschoben sehen. Das Bauerntum, also der größte Teil der Bevölkerung, hat zweifellos in den letzten Jahren durch die allgemeine Neuordnung und Stabilisierung der Verhältnisse am meisten gewonnen und sicherlich bislang keinen Grund, aus rein wirtschaftlichen oder verwaltungsmäßigen Gründen gegen die neuen Machthaber zu sein; aber auch diese Massen fühlen eben, soweit es sich um Chinesen handelt — und das ist in 90 v. H. der Fall — chinesisch und bringen keine Liebe zu den japanischen Beratern und Beamten auf, die immer stärker alle Orte durchdringen. Eine Ausnahme machen vielleicht noch zu einem beachtlichen Teile die Bauern der Provinz Dscheho; sie sind sogar von den Ideen der chinesischen Republik in den letzten 20 Jahren kaum erregt worden, trotz der großen Propaganda; sie tragen — auch die junge Generation — noch in der Mehrheit mit Stolz den Jopf, was ja im heutigen China als Schande gilt, erinnert er doch an die Mandschufremdherrschaft. Hier kann der neue Staat mit Werbung und dem Kaisertum für sich Boden gewinnen, da man ja im übrigen für geistige Absperrung gegenüber China sorgt. Im allgemeinen könnte man das chinesische Bauerntum von allen Ständen der Mandschurei vielleicht noch am ehesten zu halbwegs loyalen Bürgern erziehen, wenn man etwas weitfichtiger vorginge. Haben die Japaner in den ersten Jahren immer geschickt Chinesen in allen Stellen als örtliche, scheinbar tatsächliche, Machthaber vorgeschoben, so wurde zwar dieses System noch nicht aufgegeben, aber die japanischen Beamten treten immer stärker und ausschließlicher in den Vordergrund. Auch auf den Bahnhöfen wird — so in der Hauptstadt selbst — heute fast nur noch japanisch ausgerufen. Daß alle diese Maßnahmen nicht versöhnend auf die einheimische Bevölkerung

wirken, ist augenscheinlich. Und sind die japanischen Beamten sicher im allgemeinen tüchtiger und gesinnungstreuer als es unter der früher korrupten Generalsherrschaft in der Mandschurei vielfach der Fall gewesen war, so ist eben die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß ein Volk sich lieber von eigenen Schindern als von fremden, mögen auch diese noch so tüchtig und anständig sein, beherrschen läßt.

Wie gesichert sich der neue Staat unter japanischer Führung fühlt, lassen auch die in letzter Zeit — als verschiedene ausländische Wirtschaftskommissionen in Manchutikuo weilten — in japanischen und chinesisch geschriebenen Zeitungen hier veröffentlichten Erklärungen erkennen. Es heißt da deutlich, Manchutikuo werde sich zwar freuen, wenn die anderen Staaten endlich ihre falsche Politik einsehen und die tatsächlichen Gegebenheiten anerkennen würden, aber der neue Staat hätte kein Interesse daran, um Anerkennung zu buhlen; die Fremdstaaten würden bald durch die Umstände gezwungen werden, von selbst und ohne etwa damit verbundene besondere Vergünstigungen wirtschaftlicher Art, die Anerkennung auszusprechen. In der Weihnachtsnummer des „Manchurian Month“ werden jene Staaten angeführt, die auf die eine oder andere Weise faktisch den Staat bereits anerkannt hätten: Tatsächliche Anerkennung sprachen aus: Japan, El Salvador und der Vatikan — letzterer, um nicht die zahlreichen katholischen, meist französisch-schweizerischen, Missionsstationen in eine Mißlage zu bringen. Japan und Manchutikuo haben ja ihre gegenseitigen Gesandtschaften sogar zu Botschaften erhoben. Außerdem sieht man jene Staaten, die mit Manchukuo irgendeinen Vertrag abgeschlossen haben — z. B. Post- und Handelsverträge — als solche an, die praktisch die Anerkennung ausgesprochen hätten; unter ihnen: die Sowjetunion (Verkaufsvertrag der „Chinesischen Ostbahn“, Fischerei- und Flußregulierungsabschlüsse), Estland (das in einem vorläufigen Handelsvertrag mit Japan 1934 das Wort „Manchukuo“ gebrauchte), Deutschland, Holland, Polen und Hongkong (besondere Verträge über Postgeldüberweisungen). Es wird ferner oft darauf hingewiesen, daß Manchukuo keineswegs an andere Staaten um wirtschaftliche Hilfe bzw. zwecks Abschluß von besonderen Handelsverträgen herangetreten sei; vielmehr habe sich sozusagen eine Sturzflut von „Wirtschafts- und Studienkommissionen“ nach dem neuen Staate ergossen, die alle besondere Verträge wünschten und demnach wohl mit Manchukuo als einer Tatsache auch für die Zukunft rechneten. Aus der Tschechoslowakei, aus England, Frankreich, Belgien, den Vereinigten Staaten und kürzlich aus Deutschland hielten sich „Wirtschaftsmisionäre“ auf. Die größte Bedeutung kommt zweifellos der Deutschen Wirtschaftskommission unter Leitung von Dr. Kiep zu, die ihre Verhandlungen noch nicht beendet hat. Das Deutsche Reich war bislang der größte Sojakaufers Manchukuo's, während umgekehrt der neue Staat nur für $\frac{1}{10}$ des Betrages der Ausfuhr nach Deutschland Waren — Stahlerzeugnisse, Maschinen aller Art — von dort einfuhrte. Deutschland verlangt nun mit Recht einen gewissen Ausgleich der Handels-

bilanz. Nun aber wirft Japan seine Verlustbilanz im Handel mit Deutschland in die Waagschale und möchte die Bilanzbeurteilung auf den „japanisch-mandschurischen Wirtschaftsblock“ bezogen haben. Gerade als die deutsche Wirtschaftskommission in Hsinking verhandelte, schaltete sich plötzlich Dänemark, auch ein guter Sojakunde, ein. So versuchen die Staaten sich gegenseitig zuzukommen und Vorteile zu sichern; die japanisch-mandschurischen Wirtschaftsstellen meinen deshalb, daß sie sich selbst gar nicht so sehr zu bemühen brauchen. Nun, das ist vielleicht doch eine Täuschung, denn die Tatsache bleibt bestehen, daß die Bohnenausfuhr empfindlich gelitten hat und daß, wenn diesem Übelstand nicht abgeholfen werden kann, sich schwere Erschütterungen einstellen müssen. Noch ist ohnehin die Kaufkraft der Hauptmasse der Bevölkerung eine außerordentlich geringe und für die nächste Zeit wird sie zweifellos noch geringer werden; das alles aber würde bedeuten, daß für die nächste Zukunft der neue Staat zwar ein gutes Ausbeutungsobjekt für japanische Bergwerks- und Schwerindustrieinteressen, aber ein wenig aufnahmefähiger Markt für japanische Waren sein würde. Auch das Anziehen der Steuerschraube wird unvermeidlich bleiben, wenn die Staatsvoranschläge weiter so anschwellen wie in den letzten Jahren. Die Bergwerks-, Salz-, Öl- und Opiummonopole bringen riesige Summen ein. Während die Opiumgewinnung unter der chinesischen Generalherrschaft zwar verboten, aber insgeheim aus Geldgier und Geldbedarf der einzelnen örtlichen Machthaber doch erlaubt gewesen war, ist jetzt in dem neuen, unter japanischer Beratung stehenden Staate das Opiummonopol eingeführt worden; es darf so viel Mohn gebaut und so viel Opium geraucht werden, als man will, die Hauptsache ist die Monopolabgabe. Und so hat nun auch das Opiumrauchen wieder einen riesigen Umfang angenommen, jedes kleine Dorf besitzt sein öffentliches Rauchstübchen. Man sieht es wahrscheinlich auch nicht ungern, wenn die chinesische Bevölkerung geschwächt wird. In einem neuen japanischen Buch über die Provinz Dscheho werden die großen zur Opiumgewinnung angelegten Mohnfelder mehrerer Kreise besonders gerühmt.

Auseinandergehend sind die Meinungen bezüglich der zukünftigen Handelsmöglichkeiten der ausländischen Firmen und Vertretungen im neuen Staate. Die einen sehen durchaus schwarz und erwarten eine völlige Verdrängung, die anderen weisen auf die zahlreichen ausländischen Firmen in Japan und deren rege Tätigkeit hin und erhoffen sich von einem industriellen Ausbau, wie er jetzt mit Riesenschritten in Manchukuo vorgetrieben wird, neue Möglichkeiten. Es ist schwer zu entscheiden, wie die Entwicklung in der Tat vor sich gehen mag. Eines ist sicher, mit dem Neuaufbau bieten sich noch schöne Möglichkeiten für den Absatz von Spezialmaschinen und Fabrikeinrichtungen; so z. B. für Kohleverflüssigung, Mühlenanlagen, Zementwerke u. dgl. Hochwertige Maschinen werden also zweifellos auch in Zukunft abgesetzt werden können. Chemische Erzeugnisse, Arzneien und optische Waren dürften in immer größerem Umfange von Japan geliefert werden,

da im Gegensatz zu Japan — wo bei Anschaffung von erstklassigen Erzeugnissen oben genannter Art Bestellungen noch immer zu einem Großteil nach dem Ausland, d. h. England, Deutschland, Amerika, gegeben werden — die einheimische Bevölkerung überwiegend noch nicht in der Lage ist, zwischen sehr guten und mittelmäßigen Produkten zu unterscheiden und bei der allgemeinen Armut natürlich auch die Preisfrage ausschlaggebend ist.

Fast ganz verschwunden sind oder werden noch verschwinden die ausländischen — d. h. immer nichtjapanischen — Berater im Post- und Bahnwesen, sowie im Zolldienst, die ja früher zahlreich waren. Immer schwieriger wird auch die Lage der großen ausländischen Baufirmen, da sie fast ganz von Japanern verdrängt werden. So wurden z. B. früher im Arsenal von Mukden, einem der größten der Welt, von ausländischen Fachleuten und Baufirmen Vermögen verdient, heute bauen dort Japaner. Und die gewaltigen Summen, die zum Ausbau von Hsinking aufgewendet werden, bereichern japanische Bauunternehmungen. Im Eisenbahn- und Bahnhofsbau, an dem ebenfalls ausländische Unternehmer früher stark beteiligt waren, ist jetzt die japanische „Südmandschien-Eisenbahngesellschaft“ so gut wie allein herrschend. Viele ausländische Firmen haben bereits ihre Niederlassungen geschlossen und ihre Vertretungen aufgegeben, z. T. sicherlich übereilt, aber vielfach eben notgedrungen. In Mukden sind über 60 v. H. der früheren ausländischen Firmen verschwunden, in Yingkou fast alle, in Harbin sehr viele. Und kürzlich hat eine der größten ausländischen Unternehmungen in Manchutiuo, die „Britisch-Amerikanische Tabakgesellschaft“, sich gezwungen gesehen, über 500 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Mit dem riesigen Zufluß japanischen Kapitals, der Aufgabe ausländischer Vertretungen und dem Zusammenbruch der russischen Unternehmungen verlieren auch die ausländischen Banken an Boden und eine der kleineren, die weißrussisch-amerikanische „Tristkowbank“, ist soeben zusammengebrochen, ihre abertausend, fast durchwegs wenig begüterten russischen Emigrantenkreisen angehörenden Einleger zugrunderichtend. Neben den Banken werden auch die ausländischen Hotels aus gleichem Grunde wenigstens teilweise aufgegeben werden müssen; so ist in Harbin eine der größten russischen Hotelunternehmungen bereits in japanische Hände übergegangen.

Am düstersten ist die Zukunft für die russischen Emigranten und besonders für jene, die in den Städten leben; allein in Harbin, ihrem Mittelpunkt, beträgt ihre Zahl über 20.000. Die mehr als 20.000 Sowjetrussen, die seinerzeit in Verbindung mit dem russischen Anteil an der ehemals sogenannten C. C. R. (Ostchinesische Eisenbahn) als Beamte, Angestellte, Kaufleute, Techniker, Ärzte und als Ausübende vieler anderer Berufe in der Mandchurei sich niedergelassen hatten, sind zum allergrößten Teil nach Verkauf der Bahn der Aufforderung der Sowjetregierung gefolgt und nach der Union zurückgekehrt. Es mag vielen von ihnen nicht leicht geworden sein, waren sie doch sicher über die Zustände im Sowjetstaate im Bilde, aber sie gaben sich auch keiner Täuschung über die zukünftige Lage des

Russentums in Manschukuo hin. An den meist sehr gut bezahlten Sowjetrussen hatten aber auch die „weißrussischen“ Emigranten gut verdient und die Kaufleute verdienten vor allem auch noch einmal, als die entlassenen Sowjetbahnangestellten ihre Abfindungen vor der Heimkehr in Vergnügungen und Sachwerten anlegten. Nun aber macht sich bereits die lähmende Geldnot in Geschäftskreisen fühlbar; die Sowjetrussen sind abgezogen, die Weißrussen selbst sind in ihrer Mehrzahl unbegütert, ja arm und werden immer rascher aus den Dienstverhältnissen ausgeschieden. Einige Tausend Russen wurden beim Bahnschutz angestellt, als der neue Staat ins Leben trat, und an den gefährdetsten Stellen eingesetzt, aber mit der Niedreringung der Freischärler und Räuber werden auch sie überflüssig, bezw. durch Japaner in den höheren und Chinesen in den niedrigeren Stellen ersetzt werden und sind schon zu einem Teil ersetzt worden. Wie wenig Vertrauen in die Zukunft gesetzt wird, das zeigt sich recht deutlich am Abzug der Juden, die im Harbiner Wirtschaftsleben eine große Rolle gespielt haben und noch spielen; immer mehr jüdische Firmen geben ihre Geschäfte auf und ziehen nach China oder Südamerika. Aber auch die russischen Läden schließen zu Duzenden und in der Hauptgeschäftsstraße Harbins, in der Kitajskaja, waren vor Weihnachten über zwei Duzend Geschäftsliquidationen angekündigt. Wieder werden Hunderte von russischen Angestellten brotlos.

Mit der Übernahme der G. E. R. hatte der neue Staat alle russischen Maschinisten entlassen und durch Japaner ersetzt; der heuer so früh einsetzende außergewöhnlich kalte Winter, der schon im Dezember in Harbin — 32° und im Chingau Temperaturen von unter — 45° C. brachte, verursachte wochenlang empfindliche Verkehrsstörungen. Die japanischen Maschinisten verstanden es bei solcher Kälte nicht, die Kesselfeuer und Dampfrohre zu behandeln, die Züge nach Manchuli froren ein, entgleisten sogar und benötigten zur Zurücklegung der Strecke von Harbin aus statt 24 Stunden bis über drei Tage. Welche Gefahren sich hier im Kriegsfall ergeben können, muß nicht erst gesagt werden. Man bequemte sich nun dazu, wieder einige Russen einzustellen. In der regen Annu-Sungari-Schiffahrt sind heute noch viele Russen, vor allem in Kommandostellen, beschäftigt; aber bereits fanden im Sommer Entlassungen statt und der völlige Ersatz der Russen durch Japaner ist nur eine Frage der Zeit. Ähnlich sieht es in allen anderen großen Unternehmungen aus. Auch die großen, früher vielfach in russisch-jüdischem Besitz befindlichen Waldkonzessionen in der Mandschurei gehen immer mehr in japanischen Besitz über und die russischen Beamten verlieren ihr Brot; nicht so die russischen Holzarbeiter, denn zu dieser schweren Arbeit geben sich keine Japaner her.

Die Stimmung in den russischen Emigrantenkreisen ist denkbar düster; die bessern und weitsichtigeren Elemente versuchen, sich auf dem Lande anzusiedeln. Aber nur wenige haben die Mittel dazu. Einzelne Russen, die im Bürgerkrieg Reichtümer zusammengescharrt haben — wie der Artaman Semenoff, der Besitzer einer Villa und eines Luxusautos — könnten für die

Ansiedlung durch geldliche Hilfe segensbringend wirken. Aber sie verfolgen meist hochfliegende „politische“ Pläne, glauben sich schon mit japanischer Hilfe als künftige Regenten und hohe Beamte in einem „autonomen weißrussischen Fernen Osten“ fühlen zu dürfen. Der größte Teil der Emigranten kommt auch für eine Ansiedlung auf dem Lande nicht in Betracht, da landwirtschaftliche Vorkenntnisse und der Mut zu einem harten Landleben fehlen. Tausende von Russen sind in den letzten Jahren nach China gereist, weil sie hoffen, dort bessere Verdienstmöglichkeiten zu finden und China ist die Zukunftshoffnung noch weiterer Tausende, die nicht einsehen wollen, daß dort durch die Wirtschaftskrise die Verhältnisse nicht im geringsten besser sind und daß in Schanghai nicht weniger Russen bitterste Not leiden als in Harbin oder Mukden. Mukden, das früher über 3000 russische Familien beherbergte, zählt deren nur noch etwas über 300. Viele der jungen Russen unter 16 Jahren, Kinder von Emigranten haben von der Erlaubnis der Sowjetunion Gebrauch gemacht, dort sich niederzulassen, und haben sich nicht gefragt, wie es ihnen dort ergehen könnte. Sie wollen „heim nach Rußland“, das sie nie gesehen, von dessen früheren „herrlichen Zuständen, als der Zar noch herrschte“, sie täglich von den Eltern hörten, und über dessen heutige „höllische Verhältnisse“ sie täglich in den Emigrantenblättern — meist in jüdischer Hand — lesen. Aber sie fragten nicht, wie es war und wie es ist, sie wollten einfach „heim“. Tausende möchten es ihnen gleich tun, aber sie wollen ihre Eltern nicht zurücklassen oder sie sind schon über das zulässige Alter hinaus. Duzende von Emigrantenparteien bekämpfen sich, verraten sich gegenseitig. Den russischen Faschisten wirft man vor, daß sie ganz den Interessen Japans dienen. Die Selbsthilfeorganisationen sind infolge der politischen Zersplitterung ganz unzulänglich, in den Gemeinden sind die russischen Vertreter in der Minderzahl und können ihre Wünsche nicht durchdrücken; so hat der russische Antrag im Harbiner Stadtrat, doch infolge des so ungewöhnlich harten Winters den Zuschuß für die ärmer als je gewordenen russischen Armen und Mittellosen zu erhöhen, gerade zu Weihnachten eine Ablehnung mit einer Bertröstung auf die Zukunft gefunden. Duzende von russischen Bettlern stehen in den Straßen des einst so frohen Harbin, das von den Russen stolz das Paris des Ostens genannt worden war. Täglich liest man von Selbstmorden aus Verzweiflung und Lebensüberdruß, von Tod durch Hunger und Kälte. Viele der jungen Leute sind Rauschgiften verfallen. Und jenen, die trotz aller Not stark sind und oft unter den unglaublichsten Entbehrungen lernen, schaffen und forschen, auch jenen winkt keine Hoffnung. Sie sind die letzten weißen Pioniere und Säulen in diesem Ostrand des Kontinents, würdige Nachfahren der russischen Erschließer des Fernen Ostens, und verdienen größte Achtung von Seiten der weißen Kulturwelt; die neuen Machthaber aber wollen ihre Dienste nicht, verkleinern täglich in Schrift und Wort die Bedeutung der russischen Pionierarbeit in der Mandschurei, die doch trotz aller großen Schattenseiten eine außerordentliche Leistung gewesen ist. Die Absicht der

Denker und Berater des Staates ist es, bald alle Spuren der einstigen russischen Herrschaft und Leistung zu verwischen. Immer wieder wird diesem Gedanken Ausdruck gegeben in Wort und Tat und freudig werden Fortschritte verzeichnet. Durch Gleichstellung in der Gehaltszahlung von Russen und Chinesen will man auch die Russen, die noch Arbeit haben, praktisch ausschalten. Man weiß sehr gut, daß auch der im Vergleich zum West- und Mittel-Europäer anspruchslose Russe dennoch bei einer Herabdrückung der Lebenshaltung auf das chinesische Niveau verwahrlosen und verkümmern muß. Gewiß gibt es auch viele in den verantwortlichen Stellen, die eine solche Politik als unrichtig und ungerecht ansehen, aber sie sind in der Minderheit.

Noch erheben sich die Kuppeln der vielen Zwiebelkirchen beherrschend über dem Stadtbild von Harbin, aber täglich wird der einst bestimmend weiße Charakter dieser östlichen Großstadt um einen Ton gelber. In Hsinking auf dem Hauptbahnhof aber steht neben dem Haupteingang ein junger, verschämter, abgemagerter Russe und pußt bemittelten Japanern und Chinesen die Schuhe.

Die heutige Lage der evangelischen Kirche in Deutschland.

Von Wilhelm Vischer.

Die gegenwärtige Lage im deutschen Kirchenkampf ist bestimmt durch das letzte Eingreifen des Staates. Am 24. September erließ der Führer das „Gesetz zur Sicherung der Deutschen evangelischen Kirche“, das in seinem einzigen Paragraphen Hanns Kerrl die Vollmacht erteilt zur Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen evangelischen Kirche und in den evangelischen Landeskirchen. Ministerpräsident General Göring hat dazu am 26. Oktober in Breslau gesagt: „Die Kirche kann sicher sein: Findet sie sich mit dem Nationalsozialismus nicht ab — wir können uns ruhig mit ihr abfinden. In der Person unseres alten Parteigenossen Kerrl hat der Führer nun einen Nationalsozialisten namhaft gemacht; es wird ihm gelingen, auch dem deutschen Volke den religiösen Frieden zu geben, den es notwendig braucht. Wir Nationalsozialisten haben keine Sehnsucht, uns in die internen Dinge der Dogmatik und Glaubensauseinandersetzungen einzumischen. Wir wollen die Freiheit des Geistes, die Freiheit des Glaubens, und halten es hier mit dem Wort des Alten Friesen, jeder möge nach seiner Faßon selig werden.“

Kerrl hielt es für das einzig Mögliche, zu versuchen, „gewissermaßen unter der Decke der beiden kämpfenden Gruppen Männer sich zusammen-